

Überwindung von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt in Deutschland

Zum Kontext, den Prioritäten und möglichen Schritten
des Arbeitsvorhabens der ACK*

VON MARTIN SCHINDEHÜTTE

Liebe Schwestern und Brüder,

ich bin dankbar für die Gelegenheit, Ihnen heute einige Grundgedanken zu der Problematik der Überwindung von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt in Deutschland vorzutragen. Dazu gehört auch ein Überblick über das, was in den letzten anderthalb Jahren in diesem Zusammenhang schon bedacht, diskutiert und entschieden worden ist. Das ist, scheint mir, sinnvoll kurz vor dem Zeitpunkt, wo dieses Arbeitsvorhaben der ACK als strukturiertes Projekt tatsächlich beginnen kann.

1. Die Herausforderung

Wir müssen konstatieren, daß vor allem in den letzten fünf Jahren seit der Wende, aber nicht erst seitdem, in unserer Gesellschaft und leider auch in fast allen anderen europäischen Industrienationen *Phänomene der Gewalt dramatisch zugenommen haben*. Gewalt ist zu einem offen realisierten Handlungskonzept geworden.

Wir erleben den Anstieg von Gewalt gegen Menschen, ihre Bedrohung an Leib und Leben. Die Kriminalstatistiken machen das erschreckend deutlich. Auch wenn sie uns für das letzte Jahr zeigen, daß die Kriminalität gegen Personen wieder um einiges zurückgegangen ist, müssen wir doch feststellen, daß sich die Zahlen gegenüber den Vergleichszahlen von vor etwa fünf Jahren auf einem wesentlich höheren Niveau stabilisiert haben. Diese Gewalt als offen ausgetragene Handlungsmöglichkeit ist nicht nur, wie das immer noch geglaubt wird, ein spezielles Problem des Ostens Deutschlands, sondern es ist ein gesamtdeutsches Phänomen. Die höchsten absoluten Zahlen an Gewalttaten gegen Ausländer hatten wir in Nordrhein-Westfalen und nicht etwa in Brandenburg. Es geht also um Probleme, die nicht einfach mit

* Der Text ist die überarbeitete Mitschrift eines Referates beim Gemeinsamen Arbeitstag der Mitgliederversammlung der ACK und der Geschäftsführerkonferenz am 26. Oktober 1994 in Berlin-Lichterfelde.

den Fragen der deutschen Teilung oder der besonderen Situation in den östlichen Bundesländern zusammenhängen, sondern sehr viel tiefer liegen.

Diese Erfahrung der tagtäglichen Gewalt und Kriminalität gegen Ausländer – und nicht nur gegen Ausländer, sondern gegen viele andere Gruppen auch – hat dazu geführt, daß wir diesen Gewaltphänomenen gegenüber in unserer Wahrnehmung sensibilisiert und geschärft worden sind. Darum wenden wir uns nun so aufmerksam und so intensiv den damit verbundenen Fragen zu. Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, auf die das Arbeitsprogramm der ACK sich in besonderer Weise konzentriert, gehören in diesen Kontext der Unkultur der Gewalt. Wir müssen darum zuerst darüber nachdenken, was eigentlich diese Unkultur der Gewalt in unserem Land und eben nicht nur bei uns ausmacht. Wir müssen dann zuerst feststellen, daß Gewalt zunächst in einem erschreckenden Maße in unseren Alltagsbeziehungen vorzufinden ist. Sie ist zuerst gar nicht nur in dieser besonderen Situation der Aggression gegen Fremde vorhanden, sondern vielmehr in der alltäglichen Situation der Aggression auch gegen uns durchaus vertraute Menschen.

Wir erleben ein erschreckendes Maß an Gewalt in den *Familien*. Mit großem Recht machen uns die Frauen immer wieder darauf aufmerksam. Die Kinder und sie selbst sind meistens die Opfer. Die Notwendigkeit von Frauenhäusern und Schutzhäusern für Kinder sind dafür ein bedrückender Beleg. Wir erleben Gewalt in der Schule, vor der die Pädagogen oft ratlos stehen. Die Bearbeitung dieser Probleme fordert nicht selten mehr Zeit als die Arbeit an den zu vermittelnden Inhalten. Wir erleben Gewalt im Freizeitbereich und auf der Straße. Ein Gefühl von steigender öffentlicher Unsicherheit macht sich breit und findet innenpolitische Resonanz. Auch im Verkehr haben wir es mit Gewaltverhältnissen zu tun. Was ist es anders als Ausübung von Gewalt, wenn Menschen mit ihrer Raserei und riskanten Überholmanövern sich selbst und vor allem andere aufs höchste gefährden. Gewalt ist also eine breit gestreute und tief in unserer Alltagswelt verankerte Realität.

Dazu kommt dann noch, daß die Alltagswelt eben auch in starkem Maße geprägt wird durch einen Teufelskreis von Angebot und Nachfrage, in dem die *Medien* eine zentrale Rolle spielen. Die Gewaltdarstellung in Medien kann nur deshalb so geschäftsträchtig sein, weil es dafür einen gewissen Nährboden, eine gewisse Bereitschaft, eine gewisse Akzeptanz in einer Gesellschaft gibt, weil solche Darstellungen der Gewalt durch eigene Erfahrungen vertraut sind und auf Beziehungen treffen, die solche Gewaltpoten-

tiale in sich tragen. Und umgekehrt werden dann diese Darstellungen von Gewalt und gewaltförmigen Lösungen in den Medien wiederum die Gewaltbereitschaft in den persönlichen und öffentlichen Beziehungen fördern.

Wir müssen auch sehen, daß es in den gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen zunehmend *Konzepte* gibt, *in denen Gewalt hingenommen und akzeptiert wird*. Mit großem Schrecken müssen wir feststellen, daß in Europa krieglerische Gewalt wieder zugelassen wird. Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien ist das schrecklichste Beispiel dafür. Für viele ist das bitter. Sie sind ratlos und möchten eigentlich nicht mit Gegengewalt reagieren. Und auch die politischen Ergebnisse solcher gewaltförmiger Auseinandersetzungen scheinen schließlich akzeptiert werden zu müssen. Ich fürchte, daß diese Erfahrungen große Rückwirkungen auf die internationalen Beziehungen, aber auch für die innergesellschaftlichen Verhältnisse haben werden. Gewalt als Durchsetzungsstrategie partikularer Interessen auf Kosten anderer erhält wieder Raum und damit ein gewisses Recht.

Und wir erleben in unserem Land ein erhebliches Maß, ein erschreckendes Maß nicht nur an aktueller, sondern an *struktureller Gewalt* gegenüber *Flüchtlingen und Asylsuchenden*. Dazu hat gerade der Rat der EKD einen ausführlichen Bericht erarbeiten lassen, den er auf der Synode in Halle Anfang November vorlegen wird¹. Es ist nicht unwichtig, dies hier zu erwähnen. An unserem Umgang mit Flüchtlingen und Asylsuchenden entscheidet sich viel. Wenn sie nicht mehr Aufnahme finden und ihnen Schutz vor Bedrohung an Leib und Leben versagt wird, dann steht Entscheidendes der humanitären Grundlagen unseres Gemeinwesens auf dem Spiel. Es geht in diesen Fragen unseres Verhältnisses zu Asylsuchenden und Flüchtlingen heute nicht mehr nur ums Asylrecht, sondern schlicht um die Frage, was unter uns die elementaren Menschenrechte noch gelten. Und wenn sie in Frage stehen, dann ist der Dammbruch zur Gewalt als Lösung von Konflikten nicht mehr aufzuhalten.

Und wir erleben auf eine bestimmte Weise auch strukturelle Gewalt in den sozialen Beziehungen und in den ökonomischen Verteilungskämpfen in unserem Land.

Soviel zu den Herausforderungen aus dem gesellschaftlichen Kontext. Ich habe dabei mit den Gewaltphänomenen begonnen. Das war in den Beratungen und auch Auseinandersetzungen des letzten Jahres zunächst ein wichtiger Punkt. Dahinter steht die Frage, wie eigentlich der *Zusammenhang von Gewalt und Angst* zu verstehen ist und was dieser Zusammenhang für das Verstehen des Rassismus bedeutet. Der Rat der EKD hatte zunächst ein

„Programm gegen Fremdenangst“ vorgeschlagen. Dafür ist er heftig kritisiert worden. Der Begriff Rassismus fehlte. Ich denke nach wie vor, daß es nötig und wichtig ist, ehe man sich den Fragen des Rassismus zuwendet, zunächst diesen Zusammenhang zwischen Gewalt und Angst genauer zu durchdenken.

Gewalt ist immer Ausdruck gestörter Beziehungen und gestörter Kommunikation. Gestörte Beziehungen und gestörte Kommunikation führen zu Desorientierungen. Diffuse und unüberschaubare Situationen werden als bedrohlich empfunden. Die Angst wächst. Die Angst hat dann zwei Möglichkeiten, sich zu äußern, entweder in Apathie oder in Aggression und Gewalt. Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind meines Erachtens nur Ausdrucksformen dieses Angst-Gewalt-Verhältnisses. Wir haben in den vergangenen Monaten darüber diskutiert, daß das Projekt der ACK kein Antirassismusprogramm sein kann und sein soll. Das wäre beim deutschen Assoziationshorizont des Begriffes Rassismus ein zu enger und vielleicht sogar irreführender Ansatz. Das Arbeitsvorhaben sollte diese *Trias von Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Angst* umfassen, um den Zusammenhang der Phänomene deutlich zu machen.

Ich möchte diese beiden Begriffe Fremdenfeindlichkeit und Rassismus nur ein klein wenig reflektieren. Beide Begriffe gehören inhaltlich zusammen, aber sie haben einen unterschiedlichen Assoziationshorizont. Im Wort Fremdenfeindlichkeit steckt vor allem das Wort „fremd“. Eine entscheidende Frage, die wir uns auch gerade im Kontext eines kirchlichen Arbeitsvorhabens stellen müssen, ist die, wie wir mit dem Fremden umgehen. Ich meine jetzt nicht den fremden Menschen, sondern mit dem Fremden, das uns kulturell und religiös, sozial entgegenkommt. Eine Frage, die wir uns persönlich und im Kontext unserer Kultur stellen müssen, lautet: Ist der Horizont unseres Lebens- und Weltverständnisses ein offener Horizont, der für Fremdes, Anderes, Neues offen ist und damit in ständige Lernprozesse hineinführt, oder ist der Horizont unseres Lebens- und Weltverständnisses geschlossen und hermetisch abweisend? Oder die Frage eher psychologisch gewendet: Wird die Tatsache verdrängt, daß in uns selbst Fremdes, Unwägbares, selbst Bedrohendes, aber uns selbst eben auch Voranbringendes und Bereicherndes ist, oder wird diese Tatsache bejaht? Ist das Fremde etwas, was uns ängstigt oder auch fasziniert? Theologisch gewendet: Gehört der verborgene Gott, der uns unbekannte Gott, tatsächlich und integral zu unserer christlichen Existenz oder nicht? Sind also unsere christlichen und theologischen Entwürfe offen, oder sind sie geschlossene und dann nicht mehr theologische, sondern ideologische Entwürfe? Von diesen Grundposi-

tionen unseres Denkens, unserer Theologie, unserer Haltung und unserer Kultur hängt es in ganz starkem Maße ab, wie wir Fremden begegnen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf eine vieldiskutierte Frage hinweisen: Unser Selbstverständnis und unsere Identität als Deutsche haben viel damit zu tun, ob wir unser *Deutschsein nur durch die Abstammung definieren*. Das ist nahe an solch einem hermetischen System, das dann dazu führt, Menschen, die aus anderen Ländern zu uns gekommen sind und die nun 30 Jahre und mehr unter uns leben, immer noch als Gäste zu bezeichnen. Wenn diese unsere Identität als Deutsche offen wird für eine Zugehörigkeit in einem republikanischen Sinne, dann glaube ich, wird es leichter sein, diese Menschen mit ihrer anderen Herkunft und ihrer anderen Kultur als uns gleiche Bürger dieses Landes anzuerkennen und von ihnen zu lernen.

Natürlich ist in dieser Abwehr von Fremden nicht nur diese kulturelle, psychologische und theologische Seite zu bedenken. Die Anwesenheit der ausländischen Mitbürger, aber vor allen Dingen eben auch die gegenwärtige Zuwanderung von Migranten, von Flüchtlingen und Asylsuchenden wird von vielen als eine Verschärfung der Teilungs- und Verteilungskämpfe gesehen. Materielle Verlustängste gehen damit einher, die Sorge, daß elementare Grundbedürfnisse wie Arbeiten und Wohnen nicht mehr so befriedigt werden können, wie man das für sich erwartet. Es gibt Sozialwissenschaftler, die in der Abwehr dieses Teilungerfordernisses die eigentliche Wurzel von Fremdenfeindlichkeit und auch Rassismus sehen und von „Wohlstandschauvinismus“ sprechen.

Der Begriff des Rassismus hat einen anderen Assoziationshorizont. Er ist in Deutschland durch die Geschichte des Nationalismus und auch die Vorgeschichte, die zum Nationalsozialismus geführt hat, ein ganz besonders stark belasteter und beladener Begriff. Daß wir eine längere Debatte darüber hatten, ob der Begriff des „Rassismus“ in diesem Arbeitsvorhaben vorkommen darf oder nicht, hat damit zu tun. Auch unter uns gibt es noch immer eine ganze Reihe von nicht verarbeiteten Erinnerungen und sicherlich auch Elemente noch nicht wirklich aufgearbeiteter und bekannter Schuld. Der Rassismus ist durch diese Geschichte bei uns ein sehr eng geführter und tabubeladener Begriff. Er muß in seinem weiteren Horizont von uns erst noch erarbeitet werden. Rassismus hat erst in zweiter Linie mit Merkmalen wie Hautfarbe oder ethnischer Herkunft zu tun. Eine Reihe von Wissenschaftlern sagt uns, Rassismus sei im Kern eine Grundstruktur des Denkens, in der die eigene Überlegenheit und die eigene Höherwertigkeit gegenüber anderen Menschen in einem ideologischen Konstrukt bewiesen

werden soll. Und dafür werden dann Unterschiede wie die Hautfarbe oder ethnische, religiöse oder kulturelle Herkunft oder sozialer Status oder Behinderung eines Menschen zu einem Merkmal gemacht, das einen qualitativen Unterschied zwischen diesen Menschen und dem eigenen Status konstruiert.

Der Begriff des Rassismus ist auch insofern problematisch, als mit ihm zugleich der Begriff „Rasse“ anerkannt wird. Das ist problematisch. Man soll sich erst gar nicht auf diese Debatte einlassen, ob die Hautfarbe oder irgend etwas anderes ein qualitatives Merkmal sein könnte, durch das Rassen definiert werden könnten. Ich erinnere mich, wie der schwarze Sozialpsychologe Diallo beim Kirchentag in München einen Vortrag so begann: „Meine Damen und Herren! Es gibt keine Rassen!“ und damit von vornherein eine unfruchtbare Dimension der Debatte um den Rassismus beendete.

Das Konstrukt des Rassismus hat der Fremdenfeindlichkeit sehr ähnliche Motive. Es ist nur in noch stärkerem Maße zu einem ideologisch aufgeladenen Denk- und Verhaltenssystem verfestigt. *Der Rassismus ist ein ideologisches Legitimationssystem zur Verteidigung der eigenen Welt- und Lebensauffassung und der damit verbundenen eigenen Vorteile gegenüber anderen.*

2. Die Ursachen

Ich greife auf, was ich eingangs schon einmal kurz benannt habe: Wenn bisher gültige Orientierungs- und Lebensmuster zerbrechen, wenn also Beziehung und Kommunikation, so wie man sie bisher kannte, nicht mehr tragen, dann steigt die Angst. Diese Angst hat zwei Ausdrucksformen.

Die erste, häufig vergessene Ausdrucksform ist die der Apathie oder der Agonie, eine introvertierte Verhaltensweise, in der man sich, vielleicht gegen sich selber aggressiv, in sich selbst zurückzieht. Die oft beobachtete Abschottung vieler Menschen gegenüber gemeinsamen öffentlichen Aufgaben und Problemen, der oft beklagte Hedonismus und Konsumismus, so aktiv er aussieht, hat viel zu tun mit Hoffnungslosigkeit und Apathie. Weil man keine Möglichkeiten mehr sieht, wie man verantwortlich leben und handeln kann, zieht man sich zurück und gibt die Hoffnung auf. Laßt uns essen und trinken, oder wenn Sie wollen, laßt uns fressen und saufen, denn morgen sind wir tot. Was bleibt, ist dieses äußere Korsett aus Mode und Konsum.

Die andere Reaktions- und Ausdrucksform der Angst ist die Gewalt, also eine extrovertierte, nach außen gerichtete Aggression, über deren Phänomene wir ja schon nachgedacht haben.

Was hat sich, das ist nun die zentrale Frage, so grundlegend geändert, daß die Beziehungsmuster und Kommunikationsstrukturen so nachhaltig gestört sind, daß es zu diesen Phänomenen der Angst kommt? Ich gehe bei dem, was ich an Gründen nenne, von außen nach innen. Ich kann es an vielen Punkten kurz machen, weil diese Gründe schon oft genannt worden sind und auf der Hand liegen.

Die weltpolitischen Machtverhältnisse und die sie *legitimierenden ideologischen Grundmuster* sind zerbrochen. Es gibt ein ideologisches Vakuum oder zumindest eine sehr grundlegende ideologische Umorientierung. Was unsere Gesellschaft auch in Deutschland lange „getragen“ hat, der Antagonismus von Kommunismus und Kapitalismus bzw. Antikommunismus, trägt nicht mehr. Wir können die Folgen gar nicht unterschätzen. Die Anfälligkeit für andere, neue ideologische Inhalte hat sicher damit zu tun, daß dieses alte ideologische System zerbrochen ist, ohne daß etwas wirklich Konstruktives und Tragfähiges an die Stelle getreten ist. Feindbilder, die lange Zeit gegolten haben – und die ja nicht nur an Stammtischen eine große Rolle gespielt haben – gelten nicht mehr. Neuorientierung ist notwendig. Und diese Neuorientierung steht in der Gefahr, nun wiederum nichts anderes als Ideologie zu sein. Die rechtsextremen Orientierungen, die plötzlich salonfähig zu werden drohen, sind dafür ein bedrückender Beleg.

Das zweite ist sicherlich eine Besonderheit in Deutschland, aber auch in Osteuropa. Durch die Vereinigung Deutschlands, durch die Veränderung in ganz Europa haben sich die Lebensverhältnisse radikal gewandelt. Im Osten Deutschlands erleben die Menschen, daß sie in verstärktem Maße *Selbstverantwortung* tragen müssen und sich dabei oft allein gelassen fühlen. Ihr soziales Existenzrisiko ist kräftig gestiegen. Viele sind zu Opfern dieser Vereinigung geworden. Sie haben ihre Arbeitsplätze verloren. Die soziale Infrastruktur, die ja in der DDR so dicht gefügt war, ist zerbrochen, die neue noch nicht aufgebaut. Soziale Interaktionsmuster und die Kriterien für gesellschaftliche Anerkennung wurden ungültig. Solche Veränderungen werden in ganz besonderer Weise wie bei einem empfindlichen Seismographen von der Jugend erlebt. Dies mag einer der wirklich speziellen Gründe sein für das, was wir an Aggression und Gewalt in den östlichen Bundesländern erleben. Dies verführt dazu, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit für ein Problem des Ostens zu halten. Manchmal hatte man den Eindruck, daß die einschlägigen Probleme im Westen Deutschlands dann auch noch dorthin transferiert wurden.

Mein dritter Punkt geht nun weit hinaus über diese Vereinigungsproblematik. Die *neuen Technologien* haben unsere Lebens- und unsere Arbeits-

verhältnisse in einem kaum bisher übersehbaren, sehr tiefgreifenden Maße verändert. Wir erleben eine Revolution der Produktion durch die Informations- und Kommunikationstechnologien mit all ihren Folgen. Die Arbeitslosigkeit hat ja vor allem in diesen strukturellen Fragen ihre Ursache. Menschen stehen plötzlich vor der Tatsache, daß ihre bisherige Qualifikation gar nichts mehr gilt. Sie sind wegrationalisiert worden. Wir erleben eine noch gar nicht abzuschätzende, sehr, sehr nachhaltige Veränderung durch die Möglichkeiten der Gentechnik. Die Natur ist bis in ihren Kern nichts Vorgegebenes mehr. Leben, auch menschliches Leben ist konstruierbar. Beschädigte und gefährdete Natur muß erst wieder geschaffen werden, eine unglaubliche und eigentlich unmögliche Aufgabe, die das menschliche Maß übersteigt. Wir stehen an der Schwelle, an der *unsere eigene Würde, unsere Einmaligkeit, unsere Geschöpflichkeit in Frage steht*. Es sind sehr viele Menschen, die durch diese rasante und folgenreiche Entwicklung der Technologien verunsichert sind. Viel mehr als wir glauben. Und schließlich muß die Welt der Medien bedacht werden. Auch sie hat sich aufgrund einer technologischen Revolution herausgebildet. Die Medien sind zu einem konstitutiven Teil unserer Alltagswelt geworden.

Diese Technologien, das spüren wir jetzt, verbrauchen unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Ich nenne nur das Stichwort „Klimawandel“. Aber, und das ist gewichtiger in diesem Zusammenhang, die aus diesen Technologien entstandene Industriegesellschaft verbraucht auch die sozialen und die kulturellen Grundlagen unseres Lebens. Was meine ich damit? In der modernen Wirtschaft spielt für das Angebot der „Ware“ Arbeit die Flexibilisierung von Zeit und Ort eine zentrale Rolle. Wer Arbeit behalten will, muß bereit sein, zu jeder Zeit an jeden Ort zu gehen. Das hat weitreichende Folgen. Solche Bedingungen ignorieren weitgehend, welche Bedeutung kontinuierliche und feste Zeiten für die sozialen Kontakte und für die personale Interaktion haben. Wir beklagen, daß die Familien als eine wichtige Institution der Vermittlung von Werten ausfällt. Aber wir fragen kaum danach, ob denn die Arbeits- und Lebensbedingungen überhaupt den Raum und die Zeit lassen, damit die Beziehungen entstehen und wirken können, in denen soziales Verhalten gelernt und Werte angenommen werden können. Nun wird man einwenden können, daß die Menschen heute doch viel mehr Freizeit haben als früher. In der Tat, nur ist nicht auch diese Freizeit einer Art von Industrialisierung unterworfen, die auch dort zu einer ständigen Beschleunigung der Lebensprozesse führt? Zeit ist wie Arbeit zur Ware geworden. Wir verbrauchen die kulturellen und die sozialen Ressourcen, indem wir diese Zeiten des Nachwachsens dieser sozialen Beziehungen und ihrer kulturellen Werte ignorieren.

Wir leben in einer Gesellschaft, in der auch die *personale Kommunikation und Interaktion zu einer Ware auf einem Markt geworden ist*. Vieles in den Beziehungen untereinander wird eben nicht mehr in direktem Kontakt und direkter Kommunikation miteinander abgeklärt. Es verkommt zu einem Angebot von Lebensstilen, von „Outfits“, von Standards, die je ihren Preis haben. Wenn Beziehung und Kommunikation zur Ware werden, dann darf man sich natürlich nicht wundern darüber, daß Vertrauen zueinander, Vertrautheit und Glaubwürdigkeit leiden und Orientierung in der Beliebtheit der Angebote verlorengeht.

Schließlich muß festgestellt werden: Die Institutionen der Wertevermittlung, nicht nur die Kirchen, auch die Gewerkschaften oder die Parteien haben dieselben Probleme, die Institutionen der Wertevermittlung verlieren ihr Medium. Sie leben ja von der personalen Kommunikation. Die Psychologen sagen uns, daß Einstellungen und Haltungen nicht kognitiv, also mit dem Argument allein gebildet und verändert werden können. Es braucht Gewährsmenschen, denen man aufgrund tragfähiger Beziehungen glaubt. Wenn genau solche Beziehungen aber schwächer werden, verlieren die Institutionen ihr Medium.

Aber sie zeigen auch eine seltsame inhaltliche Schwäche. Ich greife nur eines heraus: Ich frage mich, wo die Debatte in den Kirchen um die anstehenden Grundfragen der Anthropologie wirklich geführt wird, etwa um die Fragen, die uns durch die Gentechnik gestellt werden. Es sind fundamentale Fragen. Es ist seltsam still. Wohl wird in kleinem Kreis eine theologisch-wissenschaftliche Debatte geführt, die jedoch kaum einer versteht. Aber wie mit den „einfachen“ Menschen das Gespräch geführt und Antworten gefunden werden sollen, das haben wir noch nicht wirklich gelernt. Darum werden wir als eine Institution, die die jetzt brennenden Fragen selber nicht begreift und ebenfalls nur diffus, schwankend und ängstlich reagiert, gesehen.

Die Folgen der hier beschriebenen Entwicklungen sind Orientierungs- und Beziehungsverlust. Wenn hilfreiche Formen der offenen und suchenden Neuorientierung fehlen, entstehen große Gefahren. Weil die Welt so komplex geworden ist und weil man den Überblick längst verloren hat, werden die eigenen Anschauungen reduziert auf einfache und in sich geschlossene Deutungsmuster. Damit kann man dann das Beunruhigende und Bedrohliche ausblenden und in scheinbar überschaubaren Erklärungs- und Handlungsmustern Sicherheit gewinnen.

Mir scheint diese Kultur unserer Zivilisation der Grund dafür, daß wir mit zunehmenden Phänomenen von Fundamentalismus und von Ideologie-

anfälligkeit konfrontiert sind. Sie ist auch die Ursache dafür, daß der Aus-
trag von Konflikten in verstärktem Maße mit Gewalt geschieht. Die Grund-
lage vertrauensvoller Beziehung zueinander, die regulierend und friedensstif-
tend in den Konflikt eingreifen kann, geht in zunehmendem Maße verloren.

3. Der Auftrag

Die ersten beiden Abschnitte dieses Vortrages sind der Hintergrund und der Kontext für die Frage, was denn unser Auftrag als Christen in einer solchen Lage ist. Ich denke, die Grundthese ist kaum zu bestreiten, daß die beschriebene Entwicklung dem biblischen und dem christlichen Menschenbild kraß zuwiderläuft. Wir halten als Christen an dem *unverbrüchlichen Zusammenhang von Individualität und Sozialität* fest. Freiheit ist nur in Verantwortung denkbar. Selbstverwirklichung verfehlt sich ohne Hingabe. Der einzelne kommt nur zu sich selbst in einer liebenden Beziehung. Und gerade dieser Zusammenhang von Individuum und Gemeinschaft scheint mir in seinem Kern bedroht zu sein. Darum, meine ich, sind wir als Christen in unseren Grundaussagen herausgefordert. Vier Grundüberzeugungen nenne ich im Anschluß an eine Erarbeitung von Hans Vorster, von denen her unser Auftrag als Christen geprägt ist. Erstens: Die Erschaffung des Menschen ist der Entstehung der Völkerwelt vorgeordnet. Es gibt die eine Menschheit. Es gibt keine Rassen. Die Erwählung des Volkes Israel als der heilsgeschichtliche Neueinsatz nach der Katastrophe des Turmbaus soll zum Segen für alle Völker werden. Das heißt, unsere Weltverantwortung ist in dieser biblischen Grundüberzeugung zutiefst begründet. Zweitens: Die Ebenbildlichkeit Gottes ist in ihrer säkularisierten Form das Vorbild für den fundamentalen Wert der Menschenwürde und die daraus folgenden Menschenrechte. Drittens: Die eschatologisch-christologische Dimension der Ankunft des Reiches Gottes in Christus ist für unseren Glauben konstitutiv. Jesus nimmt das alttestamentliche Bild von der Völkerwallfahrt zum Zion auf. Übersetzt in säkulare Sprache heißt das: „Es gibt eine gemeinsame Zukunft der Menschheit, und es gibt Zukunft nur als eine gemeinsame.“ Viertens: Die Kirche ist der Leib Christi. Das bedeutet, sie ist notwendig ökumenisch und ihre Ökumenizität als Kirche ist für ihr Zeugnis für die Welt entscheidend.

Vier mögliche Zugänge, die uns einen klaren Weg weisen. Ich erinnere an das Motto des nächsten Kirchentages: „Es ist dir gesagt, Mensch, was gut sei!“ Es gibt einen klaren Auftrag. Er lautet, der Welt Zeugnis zu geben von der Gemeinschaft, die Gott uns in seiner Liebe gewährt und in der er in die-

ser Gemeinschaft uns gegenüber zu leiden fähig ist. Und Zeugnis zu geben davon, daß unsere Gemeinschaft untereinander und mit allen Menschen von dieser Gemeinschaft Gottes mit uns präfiguriert ist. Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus als Ausdruck von nachhaltig gestörten Beziehungen, von nachhaltig gestörter Gemeinschaft fordern uns darum im Zentrum unseres Glaubens heraus.

Diese grundsätzlichen Überlegungen möchte ich nun in den nächsten fünf Abschnitten in einigen Konsequenzen und Perspektiven darstellen, die das Arbeitsvorhaben der ACK gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt bestimmen sollten.

4. Der auslösende Impuls

Das Arbeitsvorhaben hat eine Vorgeschichte. Ich möchte einsetzen mit dem Beschluß, den die EKD-Synode am 6. November 1992 in Suhl gefaßt hat. Dort wurde formuliert: „Angesichts der Welle von Rassismus und Gewalt gegen Minderheiten in Deutschland einschließlich des neu auftretenden Antisemitismus hält es die Synode der EKD für unumgänglich, die Arbeit gegen Rassismus und Gewalt gegen Minderheiten in Deutschland zu verstärken. Die Synode bittet darum den Rat zu prüfen, welche Mittel und Wege geeignet sind, diese Arbeit zu fördern und dabei auch die Frage zu bedenken, ob ein eigener Fonds für die Unterstützung deutscher Initiativen gebildet werden kann.“² Es gab einen zweiten Impuls für das Arbeitsvorhaben, lange vorbereitet, aber dann eben im Januar 1993 veröffentlicht: Der Aufruf des „Plädoyers für eine ökumenische Zukunft“ zu einem „Programm zur Bekämpfung des Rassismus in Deutschland“.³ Diese Initiative war sowohl an die großen Kirchen wie auch an die ACK gerichtet. Der Rat der EKD reagierte dann im Mai 1993 und schlug der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland ein auf drei Jahre befristetes „Programm zur Überwindung von Fremdenangst“ vor. Dabei sei darauf zu achten, daß vorhandene Einrichtungen, Strukturen und Initiativen genutzt werden. Dieser Vorschlag hat zu einem intensiven Beratungsprozeß in der ACK geführt, der sein Ergebnis in einem Grundsatzbeschuß der ACK im Juni dieses Jahres in Kassel für ein Arbeitsvorhaben gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt gefunden hat. Den Begriff „Arbeitsvorhaben“ hat man gewählt, um den Begriff „Programm“ zu vermeiden. Der Begriff schien unangemessen. Mit einem „Programm“, das man im Sinne eines Computerprogramms ablaufen läßt, ist die Problematik nicht zu lösen. Man wollte auch die Assoziation mit dem „Antirassismusprogramm“ des ÖRK und seiner ganz anderen Ausrichtung vermeiden.

5. Der Träger

Warum meinte auch der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, daß die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland ein geeigneter Träger für ein solches Arbeitsvorhaben ist? Sind nicht die einzelnen Mitgliedskirchen die geeignetere Ebene, und gehört eine solche Arbeit nicht eigentlich vor allen Dingen und zuerst in die Gemeinden und vor Ort? Das ist ganz sicher richtig. Das Entscheidende muß dort geschehen. Aber es gibt dennoch gute Gründe für die *Anbindung des Arbeitsvorhabens an die ACK*. Die politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Herausforderungen, die ich im ersten und zweiten Abschnitt beschrieben habe, sind klassische Problemfelder aus dem Bereich dessen, was unter den Stichworten Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung im konziliaren Prozeß seit langer Zeit diskutiert wird. Der Rat hat dieses Handlungsfeld der Überwindung von Fremdenangst und Gewalt gegen Ausländer und Minderheiten im Zusammenhang des konziliaren Prozesses gesehen. In den Texten der Ökumenischen Versammlungen von Dresden, Stuttgart und Basel finden sich dazu ja in der Tat richtungweisende Formulierungen.

Die Entwicklung seitdem zeigt, daß die Problematik von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Gewalt und des Schutzes für Flüchtlinge in noch stärkerem Maße in kirchlichen Werken und Einrichtungen, in den Gemeinden und bei den Initiativen und Gruppen zu einem Schwerpunkt der Arbeit im konziliaren Prozeß geworden ist. Gleichfalls sind die damit verbundenen Fragen immer stärker ins öffentliche Bewußtsein gerückt und bestimmen die gesellschaftliche und politische Debatte. Ein wichtiger Kristallisationskern für den konziliaren Prozeß war und ist nun die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen.

Es legt sich daher nahe, die Einrichtung eines Programms zur Überwindung von Fremdenangst bei der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen anzusiedeln und damit alle christlichen Kirchen in Deutschland einzubeziehen. Der Kontext des konziliaren Prozesses, die dort gemachten Erfahrungen und das dort Gewachsene sollen für ein solches Arbeitsvorhaben genutzt werden. Damit verbindet sich die Hoffnung und der Versuch, etwas von dem, wozu wir uns in den Texten der ökumenischen Versammlungen gemeinsam verbindlich verpflichtet haben, nun auf einem Feld gemeinsam zu realisieren, genauer: zu seiner Realisierung beizutragen.

Ich denke, daß heute noch deutlicher ist als im Juni vergangenen Jahres, daß dieser Vorschlag des Rates an die ACK die richtige Adresse war. Denn wir haben ja mit den Beschlüssen über eine Ökumenische Versammlung in

Deutschland und auf der europäischen Ebene nun tatsächlich diesen Kontext, von dem man damals ausgegangen ist. Der konziliare Prozeß hat seine Durststrecke überwunden und tritt in eine neue Phase ein. Man kann natürlich fragen: Sind denn die Erfahrungen des konziliaren Prozesses wirklich so ermutigend und so tragfähig? Braucht es für diese Themen und auch die anderen Felder des konziliaren Prozesses denn wirklich einer solchen besonderen Anstrengung in einem besonderen Programm „konziliarer Prozeß“ genannt? Gehört das nicht alles in die tägliche Arbeit der Kirchen? Blasen wir nicht einfach einen neuen, großen Ballon auf, nachdem der erste Ballon geplatzt ist?

Ich bin sicher, wir brauchen einen solchen Prozeß, nicht als eine Sonderaktion neben den Kirchen und neben dem, was in den Gemeinden passiert. Wir brauchen diesen konziliaren – oder vielleicht besser – ökumenischen Prozeß als Impuls und als Brennpunkt für das, was in diesen Fragen in der täglichen kirchlichen Arbeit auf den verschiedenen Ebenen getan wird, nicht als etwas Neues, sondern als etwas Förderndes, Flankierendes, Helfendes. Und wir brauchen diesen konziliaren Prozeß, weil in ihm der Anspruch steckt, daß wir zu einem gemeinsamen Zeugnis als Kirchen kommen. Die Welt braucht, da hat Carl Friedrich von Weizsäcker mit seinem Aufruf von 1985 nach wie vor recht, die Welt braucht dieses gemeinsame Zeugnis der Kirchen. Und wir brauchen es auch, weil wir sonst unseren Auftrag verfehlen. Dieser konziliare Prozeß – und in ihm auch ein solches Arbeitsvorhaben zur Überwindung von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt – ist ein langer, schwieriger, mühsamer Prozeß. Es ist so schwer, konkrete Ergebnisse nachzuweisen. Wir werden nur wirksam sein, wenn wir in den verschiedenen Gestalten unseres Kircheseins zusammenarbeiten. Wir brauchen auf der einen Seite das prophetische Vorangehen der einzelnen Christen und von Gruppen unbedingt und notwendig. Aber damit das politisch wirksam wird, brauchen wir genauso den langsamen, geduldigen Konsensprozeß oder Konvergenzprozeß, in dem wir uns auf relativ kleine Schritte gemeinsam einigen. Nur in diesem Wechselspiel können wir dann auch politisch, gesellschaftlich und kulturell wirksam werden.

Der Rat der EKD hat im September dieses Jahres einen Beschluß zum konziliaren Prozeß gefaßt. Dort werden die Fortsetzung und Ausgestaltung des konziliaren Prozesses und auch die geplanten ökumenischen Versammlungen ausdrücklich begrüßt. Die Entfaltung des Begriffes der Versöhnung wird als eine große theologische Herausforderung verstanden, die ihre Konkretisierung in den Themen des konziliaren Prozesses in ganz besonderer Weise erfahren kann. Der Rat hat aber auch Vorschläge gemacht, was in den

einzelnen Themenfeldern bearbeitet werden könnte. Im Bereich Gerechtigkeit hat er vorgeschlagen, daß die Probleme von Migration und Flucht im Mittelpunkt stehen sollten. Von diesem Problemfeld her können eine Fülle von Fragen im Bereich Gerechtigkeit bearbeitet werden. Dies ist ein entscheidendes Handlungsfeld in den Gemeinden, indem man im Kontakt mit Menschen, die als Migranten oder als Flüchtlinge zu uns kommen, eben jene Fremdenfeindlichkeit, jenen Rassismus und jene Gewalt abbauen kann. Im Bereich Frieden nennt der Rat die Gewalt als eine zentrale Herausforderung.

6. Der Ansatz

Die Skizze der Herausforderungen und der Ursachen macht klar, daß der *entscheidende Ansatzpunkt die Stärkung der personalen Interaktion und Kommunikation*, die Stärkung der sozialen Beziehungen sein muß. Es ist sozialpsychologisch lange nachgewiesen, daß Einstellungen von Menschen sich kaum durch kognitive Argumente verändern lassen, sondern vor allem durch die Begegnung mit Menschen, die glaubwürdige Gegenerfahrungen vermitteln. Und darum muß der Ansatz eines solchen Programms dort liegen. Es muß all das gestärkt und gefördert werden, was solche personale Kommunikation, was solchen Aufbau von sozialen Beziehungen ermöglicht und verbessert. Darum ist die *entscheidende* Handlungsebene die Gemeinde und die Arbeit vor Ort. Die *flankierende* Handlungsebene ist die, die dazu beiträgt, dieser Arbeit vor Ort bessere Bedingungen zu schaffen. Sie kann dieser Arbeit inhaltliche und methodische Impulse geben. Was auf der überörtlichen Ebene getan werden kann – es ist ja nicht nur die ACK eine überörtliche Ebene –, darf diese konkrete Handlungsebene vor Ort nicht aus den Augen verlieren. Darum ist die erste Aufgabe, Anregungen für die gemeinsame Arbeit im Gottesdienst, in Seelsorge, in der Gemeinde zu geben – und im Gemeinwesen, also in dem Umfeld, in dem christliche Gemeinde lebt.

Natürlich gibt es weitere Ebenen und Institutionen für diese Arbeit sozialer Verknüpfung und sozialer Begegnung, etwa die Akademien und Erwachsenenbildungswerke, die Kirchentage, die ja auch von dieser personalen Begegnung leben. Entscheidend ist nicht, daß neue Programme aufgelegt werden, sondern daß wir auch als Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen dazu beitragen, daß diese alltägliche Arbeit in den Gemeinden für die Fragen von Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sensibilisiert wird, Informationen bekommt, motiviert wird, gestützt wird, damit in den Konflikten, die damit verbunden sind, die Menschen ihre Arbeit durchhal-

ten. Das Besondere wird sein, daß diese Arbeit ökumenisch offen und kooperativ geschieht als ein gemeinsames Zeugnis. Es geschieht schon sehr viel vor Ort. Die Aufgabe eines solchen Arbeitsvorhabens kann eigentlich nur sein, dies in einen Austausch zu bringen und die Menschen zu ermutigen, die Arbeit weiterhin zu tun. Wenn solche Ermutigung ausbleibt, verläßt viele die Kraft. Die Durststrecke des konziliaren Prozesses hatte auch damit zu tun, daß vieles von dem, was wir in Basel oder in Stuttgart beschlossen haben, danach nicht wirklich aufgegriffen worden ist. Viele, die vor Ort mutig an die Umsetzung herangegangen sind, haben von uns diese unterstützenden Signale nicht in hinreichendem Maße bekommen. Wir können die Arbeit qualifizieren, und wir können die Menschen in ihren Konflikten stützen.

Was bedeutet das für die ACK? Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen auf Bundesebene ist nicht die wichtigste Ebene, auf der solche Arbeit, solche Programme stattfinden. Ein solches Arbeitsvorhaben wird ohne die regionale und lokale Arbeit der ACKs nicht gelingen. Die Gründe habe ich Ihnen dargelegt. Aber die ACK mit ihren verschiedenen Ebenen ist trotzdem nötig. Denn wir brauchen das Wechselspiel der verschiedenen Gestalten von Kirche. Die verschiedenen Menschen und Gruppen, die vor Ort arbeiten, brauchen Signale, kirchenpolitische, politische, seelsorgerliche, gottesdienstliche, spirituelle Unterstützung. Und umgekehrt muß das, was vor Ort geschieht, Verfahren und Orte der Bündelung haben. Damit das, was dort im einzelnen erarbeitet wird, schließlich auch in den öffentlichen politischen Debatten wirksam wird.

7. Die Strukturen

Welche Strukturen sind nötig? Ich nenne einige Punkte aus dem Beschluß der Mitgliederversammlung vom Juni. Auch dort ist der erste und entscheidende Ansatzpunkt die Verkündigung im Gottesdienst der Gemeinde. Dann werden Konsultationen und Anhörungen genannt, damit wir inhaltlich in die Fragen tiefer eindringen, zum Beispiel in die Frage des weißen Rassismus in uns selbst. Das dort vor allem auch mit Betroffenen Erarbeitete wird dann als Material, als Information, als Anregung an die weitergegeben, die die konkrete Arbeit vor Ort tun. Sehr wichtig ist der Informations- und Erfahrungsaustausch. Hier können die, welche die Arbeit vor Ort tun, Gelegenheit haben, sich persönlich zu begegnen, sich auszutauschen, aus der Isolierung zu treten und sich gegenseitig zu ermutigen. Die größte Ermutigung geht davon aus, daß die, die in der gleichen Situation sind, sich stär-

ken. Auch Bischöfe können ermutigen und trösten, ganz sicher. Aber ich glaube auch, daß das, was die Betroffenen miteinander tun und sich gegenseitig sagen, stärkend und hilfreich und durch nichts zu ersetzen ist.

Der Beschluß vom Juni macht auch den Vorschlag, einen *Spendenfonds* einzurichten. Es sollen Menschen, Institutionen, Kirchen gefunden werden, die in einen solchen Spendenfonds einzahlen. Daraus können dann Projekte, die wegweisend sind, gefördert und verbreitet werden.

Schließlich wird vorgeschlagen, daß *zwei Arbeitsgruppen* gebildet werden sollen: Ein Beirat von 15 Personen aus Kirche, Gesellschaft, Politik und Basisarbeit, die dieses Arbeitsvorhaben inhaltlich begleiten und sich ein-, zweimal im Jahr treffen. Eine kleine Arbeitsgruppe aus Mitarbeitern der Ökumenischen Centrale und der kirchlichen Ausländerarbeit, die die operationale Arbeit tut.

Ohne personelle und finanzielle Starthilfe zunächst für eine befristete Zeit ist das Vorhaben nicht zu verwirklichen. Es darf wahrhaftig nicht der erste Schritt eines solchen Arbeitsvorhabens sein, Stellen zu schaffen, aber ohne eine solche koordinierende Stelle wird es nicht gehen.⁴

8. Die nächsten Schritte

Was sind die nächsten Schritte? Dazu gibt es jetzt nicht viel zu sagen. Diese Beschlüsse müssen nun umgesetzt werden, einschließlich der Einrichtung der notwendigen Stelle. Die EKD hat ja den Weg dafür geebnet und der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen angeboten, eine solche Stelle für drei Jahre zu finanzieren und zusätzlich auch einen Sachkostenzuschuß, für das nächste Jahr 56 000,- DM, zu geben. Dann müssen die beratenden Gremien, Beirat und Arbeitsgruppe berufen werden. Die erste inhaltliche Aufgabe liegt in der Herstellung der konkreten Kooperation mit den Institutionen, Verbänden und Einrichtungen, die in diesem Feld schon arbeiten. Dabei ist es besonders wichtig, dieses Arbeitsvorhaben eng mit der Arbeit des *Ökumenischen Vorbereitungsausschusses zur Woche der ausländischen Mitbürger* zu verbinden. Dafür muß allerdings die schwierige Strukturdebatte über die Zukunft des Ökumenischen Vorbereitungsausschusses befriedigend abgeschlossen sein.

Das Arbeitsvorhaben sollte, und daran will ich noch einmal erinnern, in dem Zusammenhang des konziliaren Prozesses auch dazu beitragen, in diesen Themenfeldern die Beratungen und Ergebnisse für die Ökumenischen Versammlungen in Deutschland auf europäischer Ebene inhaltlich fruchtbar zu machen.

- ¹ Kommission für Ausländerfragen und ethnische Minderheiten, Asylsuchende und Flüchtlinge – Zur Praxis des Asylverfahrens und des Schutzes vor Abschiebung, der Synode in Halle vorgelegt vom Rat der EKD, veröffentlicht in epd-Dokumentation 49/94, S. 37–76.
- ² epd-Dok 51/92, S. 12.
- ³ Rassismus in Deutschland. Aufruf und Argumentationspapier zu einem ökumenischen Programm zur Bekämpfung des Rassismus in Deutschland, veröffentlicht und zu beziehen von: Plädoyer für eine ökumenische Zukunft, Alb.-Schweitzer-Str. 113–115, 55128 Mainz.
- ⁴ Inzwischen hat Klaus Pritzkeleit mit Jahresbeginn 1995 an der Spitze einer vierköpfigen Arbeitsgruppe die Tätigkeit für das Arbeitsvorhaben aufgenommen. Die Arbeitsstelle befindet sich in 10117 Berlin, Auguststr. 80, Tel. (030) 28 86-1 15. Pritzkeleit, der baptistischer Christ ist, war Ausländerbeauftragter der AGcK der DDR und nach der Wende in gleicher Funktion für die ostdeutschen Länder in der EKD-Außenstelle Berlin tätig.

Die Bedeutung der Kirchen in den europäischen Zivilgesellschaften – ein Beitrag aus westlicher Sicht*

VON RÜDIGER NOLL

1. Der Kontext der Diskussion

Die Diskussion um die Zivilgesellschaft, die „civil society“, erlebt in jüngster Zeit eine Renaissance. Und es deutet sich an, daß die Zivilgesellschaft auch zu einem analytischen Leitbegriff in der ökumenischen Bewegung wird, der helfen soll, den Auftrag der Kirche in der Gesellschaft neu zu fassen.

Der Zeitpunkt für diese neu einsetzende Diskussion scheint nicht zufällig. Viele sehen die Gegenwart als eine *Übergangsperiode*, die – zumindest in Europa – durch das Ende des Kalten Krieges eingeleitet wurde. Der Begriff „Übergangsperiode“ wird dabei positiv wie negativ besetzt. Die einen sagen, wir befänden uns in einer Krise, zu deren Bewältigung neue Konzepte nötig sind. Das Vertrauen in bestehende Ordnungssysteme und deren Institutionen, politisch wie ökonomisch, ist zerstört – im Osten wie im Westen. Im Osten erwies sich der Staat als Verächter der Menschenrechte. Der Westen erlebte die Dominanz des Ökonomischen¹, die ihre eigenen Überlebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Unterentwicklung, Klimawandel und Ozonloch produziert.

* Referat anlässlich der Eröffnung des Internationalen Bildungs- und Begegnungszentrums in Minsk, Weißrußland, September 1994.